

Situation in Griechenland

Sieben Jahre nach dem Beginn des sogenannten Rettungsprogramms für Griechenland steckt das Land nach wie vor in einer tiefen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise. Ein kurzer Blick zurück:

2010 geriet Griechenland in Folge der globalen Finanzkrise ins Visier von SpekulantInnen. Um den Staatsbankrott abzuwenden erhielt Griechenland ein sogenanntes Rettungsprogramm - Kredite von Eurozone und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Gegenzug für neoliberale Restrukturierungsmaßnahmen. Aber: Diese enorme Summe diente nicht dazu, die Bevölkerung zu retten. Bereits 2013 hat Attac detailliert aufgezeigt, dass mindestens 77 Prozent der Gelder in den Finanzsektor flossen - in erster Linie an deutsche, französische und griechische Institute. Die sogenannte Griechenland-Rettung war eine versteckte Bankenrettung. Im Gegenzug wurde Griechenland ein gewaltiges Verarmungsprogramm auferlegt. Um Kredittranchen zu erhalten musste die griechische Regierung klar vorgegebene Kürzungsmaßnahmen umsetzen. Die Kürzungspolitik betraf alle Lebensbereiche: Löhne, Pensionen und Arbeitslosengeld wurden gekürzt, das Gesundheits- und Bildungssystem weitgehend zerstört. Öffentliche Betriebe wurden privatisiert, Staatsbedienstete in großer Zahl entlassen, die Arbeitsrechte tiefgreifend abgebaut.

Diese Kürzungspolitik stürzte Griechenland in die tiefste Rezession eines europäischen Staats seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Wirtschaft brach in fünf Jahren um über ein Viertel ein, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 25 Prozent, bei Jugendlichen auf über 50 Prozent. Die Armut nahm explosionsartig zu, ebenso Obdachlosigkeit und Selbstmorde. Griechenland befindet sich heute in einer humanitären Krise. Da der nötige, tiefgreifende Schuldenschnitt nicht durchgeführt wurde, stieg zudem die Schuldenquote weiter. Heute, nach fünf Jahren angeblicher Rettung, sind Griechenlands Staatsschulden von rund 120 auf knapp 180 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen.

Die politischen Eliten Griechenlands - allen voran die konservative ND und die sozialdemokratische PASOK - trugen diese Verarmungspolitik jahrelang in verschiedenen Regierungskonstellationen mit. Die politischen Kosten waren hoch: Die beiden Parteien, die 2009 zusammen noch 78 Prozent der Stimmen erhalten hatten, fielen bei der Wahl im Jänner 2015 auf 33 Prozent.

Seit Beginn des Kreditprogramms ist der Widerstand der Bevölkerung groß. Im Sommer 2011 kam es in ganz Griechenland, wie auch in Spanien, zu Platzbesetzungen. Die Bewegung der Empörten kritisierte die Kürzungspolitik, Korruption und Klientelismus und forderte echte Demokratie. Nach den Platzbesetzungen verlagerten viele aus den Bewegungen ihr Aktivitäten in die Nachbarschaften.

Heute gibt es in ganz Griechenland tausende lokale Projekte: politische Netzwerke, Kooperativen und insbesondere Solidaritätsinitiativen. In selbstverwalteten Krankenhäusern und Apotheken werden Menschen kostenlos medizinisch behandelt, denn ein Drittel der GriechInnen ist nicht mehr krankenversichert. Über Lebensmittelkooperativen und Märkte "ohne Mittelsmann", organisieren Menschen ihre Versorgung und umgehen dabei die hohen Preise im Einzelhandel. In sozialen Zentren werden, für alle zugänglich, Griechischkurse, Nachhilfe, Kinderbetreuung und Kulturprogramm organisiert. Und dutzende selbstorganisierte Initiativen versorgen ganz direkt Menschen in Armut mit den nötigsten Lebensmitteln. Die riesige Solidaritätsbewegung zeichnet sich auch dadurch aus, dass die konkrete Arbeit immer mit politischen Forderungen kombiniert wird - denn eigentlich ist es die Aufgabe des Staates, diese Versorgung bereitzustellen.

Mit den Neuwahlen im Jänner 2015 kam erstmals die Linkspartei SYRIZA an die Regierung. Syriza hatte zum Ziel, mit der herrschenden Kürzungspolitik zu brechen und Griechenland innerhalb der Eurozone wieder aufzubauen. Doch die neue Regierung stand vom ersten Tag an mit dem Rücken zur Wand: Nahezu jede Woche wurden Schuldentrückzahlungen fällig, die sie nur mit Mühe leisten konnte. Ihre oberste Priorität lautete, mit den GläubigerInnen einen Ausstieg aus dem Programm zu verhandeln und Griechenland aus der wirtschaftlichen Depression und humanitären Krise zu befreien. Doch die Gegenseite - internationale Organisationen wie die EU-Kommission, Europäische Zentralbank und IWF, ebenso wie die anderen Regierungen der Eurozone - kam der Regierung keinen Schritt entgegen. Trotz der offensichtlichen katastrophalen Folgen ihrer bisherigen Politik waren sie zu keinen substanziellen Änderungen bereit. Im Gegenteil: Sie verlangten Griechenland weitere Belastungen für die breite Bevölkerung ab, ohne dem Land ein Ende der Austeritätspolitik oder den dringend benötigten Schuldenschnitt zuzugestehen.

So unverständlich die Haltung ökonomisch ist, stand dahinter vor allem politisches Kalkül. Es ist den europäischen Eliten in den letzten Jahren gelungen, in ganz Europa neoliberale Reformen in enormem Ausmaß durchzusetzen.

Diese Politik von Privatisierung, Sozialabbau und Lohndumping ist nicht neu - doch erst im Zuge der Krise wurde sie "alternativlos". Und um genau diese angebliche Alternativlosigkeit der Austritt aufrechterhalten durften Griechenland keine Zugeständnisse gemacht werden.

Am 5. Juli ließ die griechische Regierung die Bevölkerung in einer Volksabstimmung über das letzte Ultimatum der GläubigerInnen entscheiden. Nach einer beispiellosen Mobilisierung sagten die Menschen ganz klar mit 62 Prozent "OXI" (Nein). Trotz dieses eindeutigen Ergebnisses gab es nur eine Woche später ein neues Abkommen zwischen Griechenland und den GläubigerInnen, mit noch schlimmeren Kürzungsmaßnahmen als befürchtet. Die europäischen Eliten hatten alles daran gesetzt Syriza keine Zugeständnisse zu machen und haben sich so, mit Erpressung und der Angst vor den sonstigen Folgen, durchgesetzt.

Der Versuch, auf diesem Weg mit der Kürzungspolitik zu brechen, ist gescheitert. Syriza hat im September erneut die Wahlen gewonnen, doch die Stimmung in Bevölkerung und Bewegungen ist enttäuscht und entmutigt. Die linke Regierung wird nun die Kürzungspolitik der Troika exekutieren. Doch trotz dieses Rückschlags geht der Kampf gegen die Austerität, für Demokratie und eine andere Politik natürlich weiter. In Griechenland und ganz Europa.

Welche Lösungen gibt es?

Schluss mit der Verarmungspolitik!

Die Kürzungen sind sozial ungerecht und haben die Krise nachweislich vertieft. Nur wenn sie beendet werden, kann Griechenland aus der Depression kommen.

Demokratie ist nicht verhandelbar!

Die Kürzungspolitik der letzten Jahre wird gegen die Interessen und den Willen der Menschen in Griechenland durchgesetzt. Egal ob Millionen auf die Straße gehen oder sich bei Wahlen und dem Referendum eindeutig für Alternativen aussprechen - an der herrschenden Politik ändert sich nichts. Der Wille der Bevölkerung muss über den Interessen von Banken und Konzernen stehen.

Streich Griechenland's Schulden!

Griechenland wurden hunderte Milliarden an Schulden aufgebürdet, die der breiten Bevölkerung nicht zugutekamen. Heute schnüren sie der griechischen Wirtschaft die Luft zum Atmen ab. Die Kosten für die Schuldenerleichterung sollen jene Banken und SpekulantInnen tragen, die tatsächlich von den Schulden und den Rettungspaketen profitiert haben.

Beendet die Kürzungspolitik europaweit!

Griechenland ist nur das extremste Beispiel für den verfehlten Kurs der letzten Jahre. In der gesamten Eurozone und EU wurde im Prinzip dieselbe Krisenpolitik verfolgt: Die Interessen von Reichen, Banken und GläubigerInnen wurden geschützt - auf Kosten der breiten Bevölkerung. Es braucht ein Ende der Kürzungspolitik in ganz Europa und die Abschaffung der restriktiv neuen Vorgaben für Staatsausgaben und Wirtschaftspolitik.

Petition

Streich Griechenland's Schulden!

Jahrelang wurde in Griechenland gekürzt, gespart und gestrichen. Die Folgen: Die Wirtschaft brach ein, die Menschen verarmten und die Schulden stiegen weiter. Die sogenannten "Rettungsgelder" flossen größtenteils an den Finanzsektor. Diese falsche Politik hat die Krise in Griechenland so stark vertieft, dass sich das Land ohne Schuldenerleichterung unmöglich erholen kann. Die Initiative "Cancel Greek Debt" wird von mehr als 45 Organisationen unterstützt.

100.488 Menschen haben die Petition "Schluss mit der Verarmungspolitik - streicht Griechenland's Schulden!" unterzeichnet. Leider wurden die Forderungen bisher noch nicht umgesetzt.